

Oettinger für Verkaufspläne

Ministerpräsident Günther H. Oettinger (Foto: dpa) bestätigte gestern Abend gegenüber den Badischen Neuesten Nachrichten Pläne der baden-württembergischen Landesregierung, dem Haus Baden Kulturgüter im Wert von 70 Millionen Euro zu überlassen. Dabei handelt es sich um Stücke, die sich ehemals in Besitz des Hauses befanden und auf die das Fürstengeschlecht weiterhin Ansprüche erhebt. Es gebe, so Oettinger, einen Vereinbarungsentwurf, der in der Regierung und „sicher auch im Landtag“ beraten werde. Welche Objekte im Rahmen dieser Vereinbarung ausgesucht werden, stehe noch nicht fest. Dazu werde man im Herbst die entsprechenden Fachleute zu Rate ziehen. Vorgesehen sei, bis Jahresende zu definitiven Resultaten zu gelangen.

Anders als beim Königreich Württemberg, wo nach dem Ende der Monarchie sämtliche Eigentumsfragen hinsichtlich der Kulturgüter unzweideutig geklärt worden seien, habe in Baden nie eine *Günther H. Oettinger* unmissverständliche Regelung bestanden, sagt der Ministerpräsident. So beanspruche das Haus Baden Kunstgegenstände in einem Wert zwischen 250 und 300 Millionen Euro. Das Land Baden-Württemberg habe nun bei „renommierten Rechtswissenschaftlern“ (Oettinger) Gutachten in Auftrag gegeben, um die juristische Haltbarkeit dieser Ansprüche zu prüfen. „Diese habe unser Rechtsrisiko als erheblich eingestuft“, betonte der Ministerpräsident. Insbesondere durch die prekäre finanzielle Lage des Adelshauses habe die Gefahr einer „Herausgabeklage“ bestanden. Dann hätte das Land womöglich auf einen Schlag Kunstwerke im Wert von 250 bis 300 Millionen Euro verloren. Als schlimmsten Fall nannte er den Verlust der so genannten Türkenbeute im Badischen Landesmuseum.

Mit der geplanten Übereinkunft werde nun Rechtssicherheit erreicht. Außerdem werde sichergestellt, dass „die Sammlungen, die der Öffentlichkeit zugänglich und für den Museumsstandort Karlsruhe prägend sind, auf jeden Fall erhalten bleiben“, beteuerte Oettinger. Alles übrige werde auf den Prüfstand gestellt. Bei der Frage, ob es auch andere Finanzierungsmöglichkeiten gebe, zeigte sich der Ministerpräsident zurückhaltend. Bei der Landesstiftung, die pro Jahr rund 50 Millionen Euro ausbebe, seien 80 Prozent der Ausgaben durch mehrjährige Maßnahmen gebunden. Folglich bliebe nur eine Belastung des Landeshaushalts. Wie die allerdings angesichts massiver Kürzungen auf anderen Gebieten – wie etwa dem Straßenbau, der Versorgung mit Lehrern, den Hochwasserschutz – zu rechtfertigen sei, stellte er infrage. Oettinger: „Auf die öffentlichen Diskussionen dazu bin ich sehr gespannt.“

Michael Hübl